

# Landkreis Vorpommern-Rügen

3. Wahlperiode

## Änderungsantrag

Einreicher:

**Fraktion DIE LINKE.**

Vorlagen Nr.:

**A/3/0249**

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Kreistag Vorpommern-Rügen	11.3.24

### Änderungsantrag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag Vorpommern Rügen wendet sich mit einem offenen Brief an die Bundesregierung, insbesondere an den Bundesminister für Gesundheit Herrn Prof. Karl Lauterbach, um auf die kritische Situation der Krankenhäuser im Landkreis aufmerksam zu machen.

### Inhalt des Schreibens:

Sehr geehrter Herr Minister Lauterbach, sehr geehrte Damen und Herren,

der Kreistag Vorpommern Rügen wendet sich an Sie, Herr Bundesminister für Gesundheit Prof. Karl Lauterbach, sowie auch an die übrige Bundesregierung, um auf die kritische Situation der Krankenhäuser im Landkreis aufmerksam zu machen. Insbesondere die finanzielle Situation des kreiseigenen Krankenhauses in Ribnitz Damgarten, der „Boddenkliniken“, bereitet uns große Sorgen.

Auf Grund der steigenden Kosten infolge der inflationären Entwicklung in Deutschland und der Tariferhöhungen für Ärzte, Pfleger und Dienstleistungspersonal, ergeben sich zunehmend Probleme in der Finanzierung der Krankenhäuser welche, wenn es nicht kurzfristig zu Veränderungen der Leistungsvergütung kommt, letztendlich zu Insolvenzen der Krankenhäuser und damit der flächendeckenden Gesundheitsversorgung, führen können.

Es zeichnen sich zunehmend Finanz- und vor allem Liquiditätsprobleme in den Krankenhäusern des Landkreises Vorpommern-Rügen ab. Dabei ist die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung von Millionen Urlaubern zu berücksichtigen. Insgesamt ist eine fatale Fehlentwicklung in der bundesweiten Gesundheitspolitik festzustellen. Auf Grund der derzeitigen Situation ist eine dringend notwendige flächendeckende Gesundheitsversorgung bereits gefährdet. Sollte sich diese Entwicklung so fortsetzen, muss davon ausgegangen werden, dass eine wohnortnahe Versorgung der Patienten entsprechend den Erfordernissen nicht mehr gewährleistet ist. Im Falle einer weiteren Schließung von Krankenhäusern würden den Patienten außerhalb von Ballungsräumen Fahrstrecken drohen, die letztendlich lebensgefährdend wären.

Neben der wirtschaftlichen Diskussion darf auch die moralische Dimension überall in Deutschland nicht zu kurz kommen.

Handeln Sie bevor es zu spät ist!

Grimmen, den 11.3.24

Ort, Datum

Fraktionsvorsitzende